

02.03.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 7035 vom 27. Januar 2026

der Abgeordneten Rodion Bakum, Josef Neumann, Lena Teschlade, Dr. Dennis Maelzer, Anja Butschkau, Christina Weng, Frank Müller, Lisa-Kristin Kapteinat, Ina Blumenthal, Volkan Baran, Alexander Vogt und Christian Obrok SPD
Drucksache 18/17564

Wie schützt die Landesregierung die seelische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen im Netz?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Immer mehr Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe wegen Problemen mit ihrer seelischen Gesundheit. Nach aktuellen Berichten mussten im Jahr 2025 bundesweit 44.381 Minderjährige wegen der fünf häufigsten Diagnosen in diesem Bereich stationär behandelt werden, vier Jahre zuvor waren es 34.499. Gleichzeitig werden Wartezeiten von vier bis sechs Monaten auf einen Platz genannt.¹

Parallel dazu ist der digitale Alltag für viele Kinder und Jugendliche immer „an“. Cybermobbing kennt keine Pausen und erreicht Betroffene über das Smartphone auch zu Hause. Das kann massiv belasten und Konflikte aus der Schule in den Feierabend verlängern.²

Auch Fachleute warnen: Bei intensiver oder sogar suchtartiger Nutzung sozialer Medien kann das Wohlbefinden leiden, zum Beispiel durch Angst- und Depressionssymptome, Schlafprobleme oder Konzentrationsprobleme. Die Leopoldina empfiehlt deshalb das Vorsorgeprinzip und nennt konkrete Schutzmaßnahmen, etwa altersabhängige Einschränkungen.³ Außerdem wird empfohlen, in Kitas und Schulen einen verbindlichen digitalen Bildungskanon einzuführen und Fachkräfte so zu stärken, dass riskante Nutzung früh erkannt wird.⁴

Aus Sicht der Fragesteller/-innen sind Medienkompetenz und Medienliteralität dabei echte Schutzfaktoren für die seelische Gesundheit: Kinder und Jugendliche sollen lernen, Inhalte

¹ „Immer mehr Kinder wegen psychischer Probleme in Kliniken“, online unter <https://www.spektrum.de/news/immer-mehr-kinder-wegen-psychischer-probleme-in-kliniken/2305699>, abgerufen am 21.01.2026

² „Wer nichts sagt, signalisiert Zustimmung“, online unter <https://www.spektrum.de/news/cybermobbing-bei-jugendlichen-stoppen-tipps-und-hilfe/2286012>, abgerufen am 21.01.2026

³ „Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“, online unter https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_01307, abgerufen am 21.01.2026

⁴ „Social Media: Leopoldina empfiehlt besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen“, online unter <https://www.dzpg.org/social-media-leopoldina-empfehl-besseren-schutz-von-kindern-und-jugendlichen>, abgerufen am 21.01.2026

einzuordnen, Dynamiken von Plattformen zu verstehen, Grenzen zu setzen, Hilfe zu holen und sich gegen digitale Gewalt zu wehren. In Nordrhein-Westfalen gibt es dafür bereits Strukturen wie Medienscouts NRW und die Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen.⁵

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat die Kleine Anfrage 7035 mit Schreiben vom 2. März 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei und der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration beantwortet.

1. Welche Entwicklung zeigen seit 2019 in Nordrhein-Westfalen die Zahlen stationärer Behandlungen von Kindern und Jugendlichen wegen Erkrankungen oder Störungen, die die seelische Gesundheit betreffen? (bitte nach Jahren, Geschlecht und wichtigsten Diagnosegruppen darstellen)

Die Anzahl der stationären Behandlungsfälle aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen (ICD-10: F00 – F99) bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 5 bis 19 Jahren ist in Nordrhein-Westfalen von 29.688 Behandlungsfällen im Jahr 2019 auf 27.578 Behandlungsfälle im Jahr 2024 zurückgegangen (Krankenhausdiagnosestatistik, IT.NRW). Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersgruppe von 2.518.840 (2019) auf 2.587.363 (2024) angestiegen (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, IT.NRW). Daten für die Altersgruppe der Minderjährigen im Alter unter 18 Jahren oder für das Jahr 2025 liegen nicht vor.

2. Wie lang sind aktuell in Nordrhein-Westfalen die durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz in der Kinder- und Jugendpsychiatrie? (ambulant, teilstationär, stationär, jeweils getrennt ausgewiesen)

Der Landesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor, da diese Daten nicht erfasst werden.

3. Welche Daten liegen der Landesregierung zur Verbreitung von Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen seit 2019 vor? (bitte nach Jahren, Altersgruppen und Geschlecht darstellen)

Hierzu werden keine gesonderten nordrhein-westfälischen Daten erhoben und es liegen auch keine vor. Auf die bundesweit erhobenen Daten zum Themenfeld im Rahmen der JIM- und KIM Studie sowie der Cyberlife Studie V wird an dieser Stelle verwiesen.

4. Welche Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen stärken seit 2019 gezielt Medienkompetenz und Medienliteratät von Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel, Risiken sozialer Medien zu verringern? (bitte Programme, Reichweite und eingesetzte Landesmittel nach Jahren darstellen)

⁵ „Medienscouts NRW“, online unter https://www.schulministerium.nrw/medienscouts-nrw?utm_source=chatgpt.com, abgerufen am 21.01.2026

Die Landesregierung fördert zahlreiche Angebote zur Medienkompetenzförderung für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie zur Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe und stellt dafür in der Position 3.1 „Digitalisierung in der Kinder- und Jugendförderung / Jugendmedienarbeit“ seit Jahren Mittel des Kinder- und Jugendförderplans zur Verfügung.

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) fördert zudem seit Jahren kontinuierlich Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - zu nennen ist dabei die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V., eine landesweit tätige Fachstelle zur Förderung des erzieherischen und gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes, die Anregungen für den Umgang mit Risiken und Gefährdungslagen im Internet erarbeitet, veröffentlicht und in Fortbildungen insbesondere Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit anbietet oder vermittelt. Darüber hinaus hat die AJS eine Auskunftsstelle, an die telefonisch oder per E-Mail Fragen, Anregungen oder Beschwerden zum Thema Kinder- und Jugendschutz sowie zur Medienkompetenz gerichtet werden können. Besorgte Eltern, verunsicherte Pädagoginnen oder Pädagogen sowie Kinder und Jugendliche können sich hier Rat zu allen Fragen rund um den Kinder- und Jugendschutz einholen.

5. Welche ressortübergreifenden Mittel setzt die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein, um die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern und sie so vor seelischen Erkrankungen zu schützen?

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) fördert gemeinsam mit anderen Ressorts wie dem MKJFGFI und dem Ministerium für Schule und Bildung (MSB) sowie den Krankenkassen und Trägern der Renten- und Unfallversicherung Landesprogramme zum Erhalt der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Hierzu gehören die Gesunde Kita NRW-Seelische Gesundheit (Programm Schatzsuche) wie auch das Landesprogramm Bildung und Gesundheit NRW. Die Programme nehmen die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen mit ihren Lebenswelten in den Blick, um die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Eine weitere Maßnahme des MAGS ist das Landesprogramm "KIPS Prävention NRW: Kinder psychisch kranker und suchtkranker Eltern stärken". Zusammen mit dem GKV-Bündnis für Gesundheit fördert das MAGS seit Mai 2021 die konkrete Umsetzung nachhaltiger Angebote zur Stärkung der Resilienz der Kinder psychisch kranker und suchtkranker Eltern.

Darüber hinaus fördert das MAGS das Projekt #gemeinsamstark, bei dem psychisch belastete Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, an professionell geleiteten Gruppen teilzunehmen. Ziele sind bezogen auf die Teilnehmenden die Stärkung der Resilienz und der psychischen Gesundheit sowie die Prävention von manifesten psychischen Erkrankungen.

Mit der Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention Nordrhein-Westfalen (LGP) wurde zudem bis 2024 mit dem Schwerpunktthema „Seelische Gesundheit“ gemeinsam mit Mitgliedern aus Kommunen, Krankenkassen, freier Wohlfahrtspflege, Seniorenvertretungen, Landesministerien, Heilberufskammern und Wissenschaft die Vernetzung der Akteure zur seelischen Gesundheit lebensphasenspezifisch gestärkt und vorangetrieben.